

Die „Vorzeit“ erscheint wöchentlich am Sonntag und Freitag von morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei jeder Zahlung von einem Jahr 200 Mk. im Voraus zahlbar, bei Zahlung monatlich 16 2/3 Mk. etc. Zustellungsstellen, bei Zahlung unter 100 Mk. (Postkonto und Postkarte) für den Betrag 100 Mk. - 10. postfreie Zustellungsstellen.

Redaktion und Geschäftsstelle: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 133. Telefon: Amt Nord 523-24, 2525 und 2526.

Die verantwortliche Redaktion ist Herr Dr. Otto von Guericke, der auch die Redaktion und Geschäftsstelle von Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 133 leitet. Inhaber der Druckerei: Herr Dr. Otto von Guericke, Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 133. Telefon: Amt Nord 523-24, 2525 und 2526.

Druckerei: Herr Dr. Otto von Guericke, Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 133. Telefon: Amt Nord 523-24, 2525 und 2526.

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Weg zum Sieg.

Unterbrechung des Generalfreils

Generalversammlung der revolutionären Betriebsräte für Groß-Berlin.

Am heutigen Vormittag fand im Saal der Photographen die Generalversammlung der revolutionären Betriebsräte statt, um über die Fortführung oder den Abbruch des Generalfreils Stellung zu nehmen. Für die Unabhängige Partei sprach der Genosse Däumig, der nach einer ausführlichen Schilderung der dem 13. März vorhergegangenen Ereignisse und des tatsächlichen Verlaufs der Bewegung seit dem 13. März die Arbeiter aufforderte, den Generalfreil nicht abbrechen, sondern zu unterbrechen und für die nächsten Kämpfe gerüstet zu sein. Das bedeute keinen Kampfabbruch, sondern nur eine Kampfpause. Für die Zentrale der Unabhängigen Partei verhandelte Pleck die Weiterführung des Streiks, da selbst ein Teilzeit des wirtschaftlichen Lebens lahm lege und der Arbeiterschaft einen entscheidenden Einfluss auf die Durchführung der gestellten Forderungen einräume.

Darauf gaben die Vertreter der einzelnen Industriegruppen für ihre Belegschaften die Möglichkeiten für die Weiterführung des Streiks bekannt. Es sprachen bis zum Redaktionschluss die Vertreter des Graphischen Gewerbes, der Straßenbahn, der Hochbahn und der Holzindustrie, die es sämtlich für unmöglich erklärten, angesichts des von den Gewerkschaften und den Parteien abgedrohten Streiks die Bewegung auch nur im mindesten erfolgreich weiterzuführen.

Nach weiteren kurzen Verhandlungen wurde mit knapper Mehrheit beschlossen, den Generalfreil zu unterbrechen, um ihn im gegebenen Moment wieder aufzunehmen.

In der nächsten Nummer bringen wir die Fortsetzung des Versammlungsberichtes.

Die Distriktleiter von Groß-Berlin haben in ihrer Sitzung am heutigen Vormittag mit 19 gegen 15 Stimmen beschlossen, den Generalfreil ab zu brechen.

Die Zustände der Regierung.

In der Sitzung der Gewerkschaftsvorstände und der Vorstände der politischen Parteien am Montag Abend im Gewerkschaftshaus wurde folgender Beschluss gefasst:

Die gegenwärtigen tagenden Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellter-Verbände, der Berliner Gewerkschaftskommission, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschließen:

1. dass die Vertreter der Regierungsparteien sich der Pflicht haben, für die Durchführung der auf sozialistischen Forderungen, die das Ergebnis des Generalfreils zusammenfassen, in ihren Reichstagsfraktionen einzutreten und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich geschlossen hinter diese Forderungen gestellt, der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, sie als Minister für die bindende Erklärung, nachdem weiter die Reichsregierung die bindende Erklärung abgegeben hat:

- 1. dass die Truppen in Berlin bis auf die Spreelinie zurückgezogen werden,
2. dass die verhängte Belagerungszustand sofort aufgehoben wird,
3. dass die demobilisierten Arbeiter, insbesondere im Ruhrgebiet, nicht angegriffen werden sollen,
4. dass die gewerkschaftlichen Verbände über die Einziehung der Arbeiter in die Sicherheitswehren in Preußen verhandelt werden soll,
dass sie auf Grund der Anerkennung dieses gewerkschaftlichen Programms und der besonderen Zustände der Regierung den Arbeitern, Angestellten und Beamten im ganzen Reich, insbesondere in Berlin und Umgebung einseitig, den Generalfreil mit dem Beginn des 23. März zu beenden und die Arbeit allenthalben aufzunehmen.

Die unterzeichneten Gewerkschaften und Parteien verpflichten sich, falls die Forderungen der Gewerkschaften nicht erfüllt und die Zusagen der Regierung gebrochen werden, von neuem zusammenzutreten und über die erneute Ausnahmehandlung des Generalfreils zu entscheiden.

- Berlin, den 22. März 1920, nachts 12 Uhr.
Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund
Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestellterverbände
Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend
Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Die sozialdemokratische Partei Deutschlands

Roßes Ende.

Berlin, 23. März.

Das Rücktrittsgesuch des Reichswehrministers Roß ist vom Reichspräsidenten genehmigt worden.

Nach Herr Heine hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht, nachdem er noch am 20. März nach einer Wolff-Meldung sein politisches Glaubensbekenntnis von neuem abgelegt hat in einer Erklärung, daß wie es in der Meldung wörtlich heißt, die Einwohnerwehren von ihm eingerichtete Selbstschutzverbände zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung seien. Sie stünden nach wie vor einmütig hinter der verfassungsmäßigen Regierung. Er ersucht alle Behörden, allen falschen Gerüchten über die Einwohnerwehren entgegenzutreten. Die Einwohnerwehren seien in Verbindung mit Reichswehr und Sicherheitspolizei das einzige Mittel zur Verhütung des Bolschewismus (Märdiktatur). Sie müßten daher mit allen Mitteln unterstützt, aber nicht aus parteipolitischen Gründen in ihrer Tätigkeit beschränkt werden.

An Stelle von Eugen Ernst ist der Rechtssozialist Richter, bisher Polizeipräsident in Charlottenburg in das Berliner Polizeipräsidium eingezogen.

Der Anfang der Reinigung.

Berlin, 23. März.

Vom Amt suspendiert unter gleichzeitiger Eröffnung eines Disziplinarverfahrens wurden Dohé, Vortragender Rat im preussischen Ministerium des Innern, Winig, Oberpräsident, v. Heßel, Oberpräsident, Königsberg, v. Braun, Regierungspräsident, Gumbinnen, Zwicker, Landrat, Rognitz, Pauli, Regierungspräsident, Schleswig. Gegen den Landeshauptmann v. Brünnel in Königsberg wurde das Disziplinarverfahren eingeleitet. Der Oberst v. Schönbelt ist vom Kommando der Sicherheitspolizei Berlin abberufen worden. Sämtlich Oberpräsidenten sind aufgefordert worden, über das Verhalten der Beamten während der sogenannten Regierung Kapp Bericht einzulegen.

Die preussische Eisenbahnverwaltung teilt mit: Gegen den Oberpräsidenten Winig, den Regierungspräsidenten von Braun, den Oberpräsidenten von Heßel und den Landeshauptmann von Brünnel in Königsberg, sowie gegen den Geh. Regierungsrat im Ministerium des Innern Dohé, ferner gegen den Regierungspräsidenten Pauli in Schleswig ist das Disziplinarverfahren unter sofortiger Entziehung von ihren Ämtern angeordnet worden.

Die Reichsregierung wird unterzüglich der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach die Strafverfolgung und Aburteilung der hochverräterischen Unternehmungen, auch soweit es sich um die der Militärgerichtsbarkeit unterstellten Personen handelt, ausschließlich von bürgerlichen Behörden und Gerichten zugeht.

Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten-Verbände.

Die Funktionäre erhalten weitere Information Mittwoch, den 24. März, nachmittags 4 Uhr in Gaverlandschhof, Neue Friedrichstr. 35. Kundliche mitbringen.

Die erste Etappe.

Der Staatsstreik der Kapp-Mittwoch ist dank der geschlossenen Einheitsfront des Proletariats in wenigen Tagen niedergezungen worden. Mit voller Klarheit erkannte das Proletariat, welche ungeheure Macht in seinen Händen liegt, wenn es die Waffe des Generalfreils mit wuchtiger Entschlossenheit anwendet. Das Proletariat ist die herrschende Macht im Staate, und die Erkenntnis, daß in seinen Händen das Schicksal des deutschen Volkes liegt, läßt die Zunahme seines Machtbewußtseins als die wichtigste Errungenschaft in der ersten Phase des Kampfes um die Erringung der politischen Macht für die Arbeiterschaft erscheinen.

Das Ziel, das sich die Unabhängige Sozialdemokratie in diesem Kampf gestellt hatte, war keinen Augenblick der Kampf für die Wiedereinsetzung der sogenannten verfassungsmäßigen Regierung, derjenigen, die die volle Schuld und Verantwortung für den Staatsstreik der Monarchisten trug. Unser Ziel war der Abbruch des Kampfes mit Erweiterung der realen Macht der Arbeiterschaft und die Verhinderung der Wiederkehr des Kapp-Systems mit seiner Spitze gegen die Arbeiterschaft.

Die alte Regierung ist unmöglich geworden, Roß und Heine sind bereits in die Versenkung verschwunden. Die anderen müssen folgen. Ebenso ist die Fortsetzung der von ihnen betriebenen Politik unmöglich, wenn nicht neue gewaltige Erschütterungen heraufbeschworen werden sollen. Denn der Kampf um die Weiterentwicklung des Proletariats, der für uns nur eine Etappe zur Verwirklichung des Sozialismus ist, war so klar, daß auch andere Organisationen, darunter solche, die noch nie im politischen Kampf gestanden hatten, sich ihm nicht entziehen konnten, sondern ihn unterstützen mußten.

So konnte der Kampf, der als Parallelbewegung der verschiedenen Organisationen eingeleitet wurde, auch nach dem Sturz der Kapp-Mittwoch zunächst noch ungeschwächt fortgehen. Obwohl sich die Unabhängige Partei innerlich gestraubt hatte, erfolgte in diesem Stadium doch eine nicht aufhaltbare und notwendige Annäherung der verschiedenen Organisationen, um wenigstens das Kapp-System endgültig zu beseitigen. So kam zu den Vereinbarungen zwischen den gewerkschaftlichen Organisationen, den Regierungsparteien und den Trümmern der alten Regierung, an denen die Unabhängige Sozialdemokratie nicht beteiligt war, die weit hinter unseren Forderungen zurückblieben. Aber würden selbst diese Vereinbarungen reiflos erfüllt, so bedeuteten sie sicher einen Erfolg des Generalfreils. Wichtig ist, daß diese Forderungen nicht nur hinter dem zurückblieben, was auch in dieser Phase des Kampfes hätte erreicht werden können, wenn alle Arbeiter, Angestellten und Beamten mit derselben Klarheit, Energie und Entschlossenheit erfüllt gewesen wären, wie die Anhänger der Unabhängigen Partei. Aber diese Organisationen waren doch auf das in diesem Kampf Erreichte verpflichtet gewesen und gezwungen, um nicht große Scharen ihrer Anhänger vor den Kopf zu stoßen, bei Wahrung dieser Vereinbarungen aufs neue in den Kampf zu treten.

Die Befürchtung, daß selbst eine neu zusammengefehte Regierung die Verwirklichung dieser Vereinbarungen unter Umständen auszubalten suchen werde, sowie die blutigen Gemegeln gegen die Arbeiter in einigen Berliner Vororten veranlaßten die Unabhängige Sozialdemokratie, die gewerkschaftlichen Organisationen und die Sozialdemokratische Partei schon jetzt vor die Frage zu stellen, was sie zur Sicherung und sofortigen Durchführung der Vereinbarungen zu tun gedenken. In stundenlangen Verhandlungen mit diesen Körperlichkeiten am Montag wurde beschlossen, von der Regierung erneut Sicherungen für die Durchführung der Vereinbarungen zu verlangen: Aufhebung des Standrechts und des Belagerungszustandes, sowie sofortiger Eintritt von organisierten Arbeitern in die Sicherheitswehren und Unterlassung jedes bewaffneten Vorgehens gegen die Arbeiterschaft, insbesondere die des Ruhrgebiets, wurden dafür als unerlässliche Voraussetzungen angesehen.

Im Namen der Regierung sagte Reichsminister Bauer die Erfüllung dieser Bedingungen zu, so daß nun über die Vereinbarungen mit den Regierungsparteien hinaus, insbesondere durch den sofortigen Eintritt von organisierten Arbeitern in die Sicherheitswehren, die bereits erfolgte Aufhebung des Standrechts, die unbedingte Auf-

